1.	Menü
2.	Menu
3.	
	<u>Merkliste</u>
4.	Suche
1.	
	Schließen
2.	Suche
3.	ZDFheute
	Ukraine
	Donald Trump
	UEFA Frauen-EM
8.	Politik
10.	Wirtschaft
	Wildonard
12.	Panorama
12.	r allui allia
14.	Sport
14.	Sport
14. 16.	Sport Ratgeber
14.16.18.	Sport Ratgeber Wissen
14. 16. 18. 19.	Sport Ratgeber Wissen Wetter
14. 16. 18. 19. 20.	Sport Ratgeber Wissen Wetter Video
14. 16. 18. 19. 20. 21.	Sport Ratgeber Wissen Wetter Video Themen
14. 16. 18. 19. 20. 21. 22.	Sport Ratgeber Wissen Wetter Video
14. 16. 18. 19. 20. 21.	Sport Ratgeber Wissen Wetter Video Themen
14. 16. 18. 19. 20. 21. 22. 23.	Ratgeber Wissen Wetter Video Themen Korrekturen & mehr
14. 16. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24.	Ratgeber Wissen Wetter Video Themen Korrekturen & mehr Merkliste
14. 16. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25.	Ratgeber Wissen Wetter Video Themen Korrekturen & mehr Merkliste Nachrichten-Ticker
14. 16. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26.	Sport Ratgeber Wissen Wetter Video Themen Korrekturen & mehr Merkliste Nachrichten-Ticker Sendungen

Politik Deutschland

AfD-Gutachten des Verfassungsschutzes: Was in dem Dokument steht

Einstufung der Partei:Verfassungsschutz: Das steht im AfD-Gutachten

von C. Greipl, D. Heymann, S. Kantelhardt 14.05.2025 | 19:17

Über 1.000 Seiten, um Zweifel zu beseitigen: In der AfD dominieren die rechtsextremen Kräfte, so der Verfassungsschutz. Sein Gutachten ist das Protokoll einer Radikalisierung.

Ein Delegierter der AfD- Europawahlversammlung spricht in einer Halle der Messe Magdeburg

Der Verfassungsschutz hat die AfD als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Dagegen klagte die AfD. Das über 1.100 Seiten lange Gutachten kursiert inzwischen auch im Netz.19.05.2025 | 2:42 min

Das Volk als "Abstammungsgemeinschaft", Corona als "Plandemie" und Deutschland als "Vasall und Melkkuh Brüssels" - es sind nur einige Auszüge aus dem Gutachten des Verfassungsschutzes, auf dessen Grundlage der Nachrichtendienst die AfD nun als gesichert rechtsextremistische Bestrebung einstuft.

"Das jetzige Gutachten ähnelt stark der vorherigen Einschätzung des Verfassungsschutzes zur Verdachtsfall-Einstufung der AfD", sagt Luca Manns, Geschäftsführer der Forschungsstelle Nachrichtendienste. In dem neuen Gutachten würden die wesentlich gleichen Themenbereiche untersucht.

Berlin: Personen halten am bundesweiten Aktionstag "Keine Ausreden mehr - AfD-Verbot jetzt!" am Brandenburger Tor Schilder mit der Aufschrift AfD Verbot jetzt in die Höhe.

Die Organisatoren fordern von der Politik, ein Verbotsverfahren gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis rief zu Demos auf.11.05.2025 | 2:29 min

"Was sich verändert hat, ist vor allem die Nachweisschwelle", sagt Manns. Denn für die Einstufung als gesichert rechtsextremistisch gelten höhere Anforderungen als für die Einstufung als Verdachtsfall. Der Verfassungsschutz hielt das Dokument bislang geheim. Doch am Dienstag veröffentlichte das Magazin "Cicero" das gesamte Gutachten - das dem ZDF ebenfalls vorliegt - auf seiner Internetseite. Bereits zuvor hatte der

"Spiegel" über die Inhalte berichtet. Wer die 1.108 Seiten durchliest, findet Anhaltspunkte für Verfassungsfeindlichkeit in viele Richtungen. Entscheidend ist aber ein Aspekt: Wie definiert die AfD das deutsche Volk?

Der springende Punkt: Das Volksverständnis der AfD

Als der Verfassungsschutz die Hochstufung der AfD öffentlich machte, stellte er einen Begriff in den Mittelpunkt: das "ethnisch-abstammungsmäßige" Volksverständnis der AfD. Gleich zu Beginn der Belegsammlung widmet sich der Verfassungsschutz auf über 140 Seiten diesem Punkt. Alexander Dorindt bei Maybrit Illner

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) sieht auch nach der "Stillhaltezusage" des Verfassungsschutzes zur Einstufung der AfD keinen Grund, an der Einschätzung der Behörde zu zweifeln.08.05.2025 | 3:28 min

Deutlich wird daraus: Deutsche sind für die AfD nicht gleich Deutsche. Vielmehr unterscheidet die Partei zwischen "indigenen Deutschen" und "Passdeutschen". So äußerte etwa der sächsische AfD-Chef Jörg Urban, es gebe selbstverständlich ein "deutsches Volk unabhängig vom Pass". Noch weiter ging die AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum: Sie forderte die Einführung eines "Wahlrechts nach Abstammung" und sprach in Bezug auf die Migrationspolitik der Grünen von einem "schleichenden Genozid an der deutschen Bevölkerung". ZDF-Rechtsexpertin Sarah Tacke

Der Verfassungsschutz hat die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistisch vorerst ausgesetzt. Solange, bis über die Klage der Partei dagegen entschieden ist. Sarah Tacke ordnet ein. 08.05.2025 | 2:00 min

Eindeutig nicht zu dieser Bevölkerung gehören nach Ansicht der AfD Muslime. Von angeblicher Überfremdung, Invasoren und einer arabischmuslimischen Landnahme ist im Bericht die Rede. "Wir sollen unterwandert und unterworfen werden", heißt es etwa in einem Facebook-Post von Christina Baum, auf den das Gutachten Bezug nimmt. Darüber hinaus diffamiert die Partei Muslime als gewalttätige, integrationsunwillige Kulturfremde.

• Was bedeutet die AfD-Einstufung für Beamte?

Die AfD und der angebliche "Große Austausch"

Vor allem mit Blick auf die Migration von Muslimen verbreiten AfD-Politiker teilweise die Verschwörungstheorie vom sogenannten "Großen Austausch". Das Sächsische Oberverwaltungsgericht, das die Einstufung des dortigen Landesverbandes als gesichert rechtsextremistisch bereits im Januar letztinstanzlich bestätigt hat, geht in dem entsprechenden Beschluss

ausführlich darauf ein:

"Insbesondere die immer wieder [...] verwendeten [...] Begriffe wie 'Umvolkung', 'Großer Austausch', 'autochthone Bevölkerung', 'Bevölkerungsaustausch', 'Ersetzung der deutschen Bevölkerung durch Migranten', 'Volksaustausch' oder 'indigenen Völker' gehen von einem ethnokulturellen Volksverständnis und einer Bedrohung des in diesem Sinne verstandenen Volkes durch die Masseneinwanderung kulturfremder Einwanderer aus.

Die vorgenannten Begriffe [...] vermitteln die Vorstellung, wonach das ethnisch homogene deutsche Volk durch den Zuzug von Ausländern unterzugehen drohe und in seiner Existenz gefährdet sei beziehungsweise die heimisch angestammte Bevölkerung in einem schrittweisen Prozess durch (insbesondere außereuropäische) verdrängt und ausgetauscht wird." (Sächsisches OVG, 3 B 127/24)

Dies widerspricht, so das Gericht, dem Volksbegriff des Grundgesetzes und der Menschenwürdegarantie. Für die Verschwörungstheorie des "Großen Austausches" gibt es keinen wissenschaftlichen Anhaltspunkt.

Im Gutachten des Verfassungsschutzes geht es auf über 70 Seiten um die These des Großen Austauschs in der AfD. Darin finden sich Aussagen zahlreicher AfD-Politiker, die die Erzählung vom Großen Austausch aufgreifen. So warf zum Beispiel der thüringische AfD-Chef Björn Höcke der damals regierenden Ampel einen "Staatsstreich" vor, weil sie das Staatsvolk austausche.

Probleme mit Demokratie und Rechtsstaat

Daneben wirft der Bericht der Partei eine demokratiefeindliche Grundhaltung und die Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols vor. Politische Entscheidungen sollen nicht rechtsstaatlich herbeigeführt, sondern gewaltsam durchgesetzt werden.

Zu dieser gewaltsamen Widerstandsrhetorik zitiert das Gutachten eine Aussage der AfD-Politikerin Anne Cyron: "Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten. [...] Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden."

Experte: Aussagen im Zusammenhang bewerten

Bei der Sammlung der Belege habe der Verfassungsschutz stets zwei Fragen klären müssen, sagt Nachrichtendienst-Experte Manns: "Es ging zum einen darum, ob einzelne Aussagen auch wirklich der Partei zuzurechnen sind. Zum anderen kam es darauf an, ob bestimmte Äußerungen durch den Kontext, in dem sie getätigt wurden, verfassungsfeindlich sind." Verfassungsschutz: AfD - Gutachten

Sollte die AfD verboten werden? Durch ein Verfassungsschutz-Gutachten wird die Debatte neu entfacht. Lena Sünderbruch und Ulrike Rödle erklären, was dafür und was dagegen spricht.11.05.2025 | 3:25 min

Beispiele dafür finden sich etwa in dem Kapitel zu antisemitischen Aussagen. Der Verfassungsschutz kommt darin zum Ergebnis, dass direkt geäußerter Antisemitismus nicht festzustellen sei. Doch die AfD verwendet immer wieder Chiffren wie "George Soros" oder "Globalisten". Im Gutachten heißt es dazu: "In einigen Fällen werden mehrdeutige Begriffe kombiniert, die nur in Bezug aufeinander und/oder im konkreten Äußerungskontext als eindeutig antisemitisch erkennbar sind, während sie isoliert mehrere Lesarten zulassen."

Wie der Verfassungsschutz zu seiner Einschätzung kommt

Für seine Einschätzung hat das Bundesamt für Verfassungsschutz Äußerungen von 353 Personen aus dem AfD-Umfeld untersucht. Ein Großteil stammt von Funktionsträgern auf Bundes- und Landesebene. Es hat dazu öffentliche Äußerungen und Social-Media-Posts bewertet, bezieht sich aber auch auf Parteiprogramme, Grundsatzpapiere und Websites der Partei und ihrer Unterorganisationen.

Jurist Luca Manns von Universität Köln bei ZDFheute live.

Durch die Stillhaltezusage gebe der Verfassungsschutz seine Argumente nicht auf und rücke nicht davon ab, dass er die AfD für gesichert rechtsextremistisch hält, so Jurist Manns.08.05.2025 | 15:28 min

Die Aussagen einfacher Parteimitglieder wurden nur dann herangezogen, wenn sie auf offiziellen Kommunikationskanälen oder Parteiveranstaltungen getätigt wurden.

- Was die Verfassungsschutz-Einstufung zur AfD bedeutet
- Forderung der Grünen und Linken: Keine staatlichen Gelder mehr für die AfD?

Insgesamt macht der Verfassungsschutz drei Entwicklungslinien bei der Partei aus: Der AfD sei dem Gutachten zufolge eine "Popularisierung" gelungen, sowohl hinsichtlich ihrer Mitgliederentwicklung als auch hinsichtlich des guten Abschneidens bei Wahlen.

Zugleich sei die AfD immer professioneller geworden: Seit dem Austritt von Jörg Meuthen 2022 sei sie nach außen geschlossener aufgetreten und habe es geschafft, innerparteiliche Konflikte weniger in die Öffentlichkeit zu tragen.

Zunehmender Einfluss von Björn Höcke

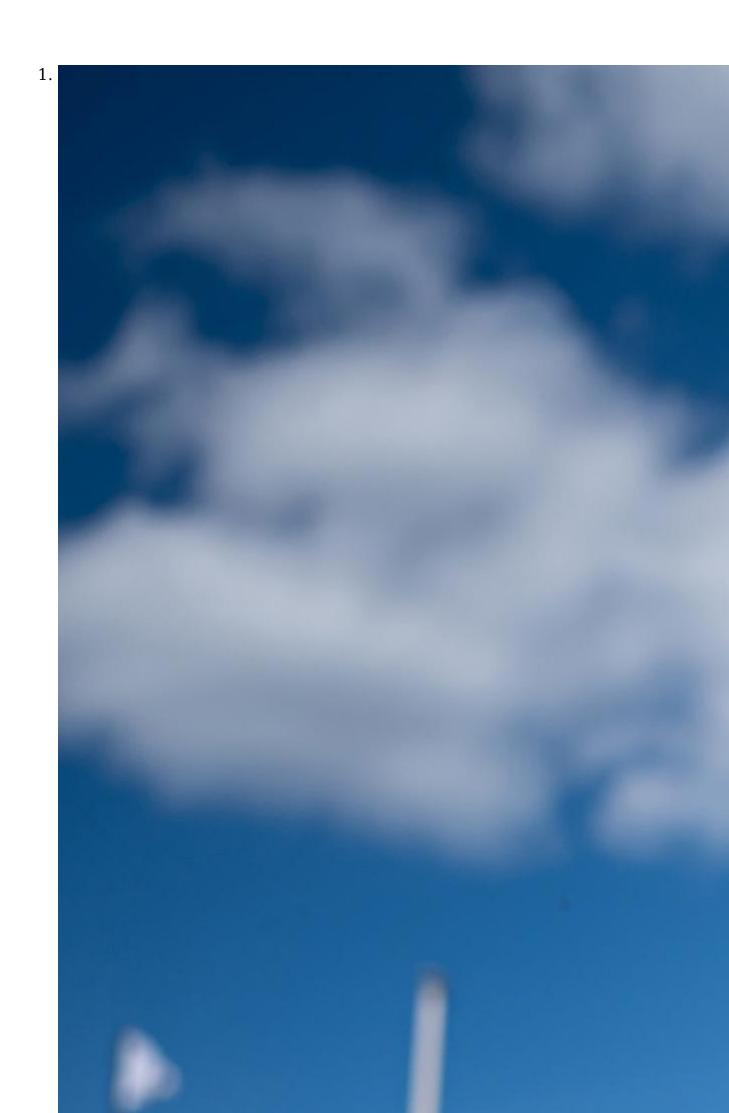
Drittens - und das ist entscheidend für das Gutachten - fand eine "fortschreitende ideologische Homogenisierung der Partei" statt. Das liberal-konservative Lager um Jörg Meuthen habe immer weniger Vertreter. Verfassungsschutz: AfD ist gesichert rechtsextremistisch

Die AfD ist laut Verfassungsschutz "gesichert rechtsextremistisch". Was bedeutet das für ein mögliches Verbot? Und wie wollen die anderen Parteien mit der AfD umgehen?04.05.2025 | 3:42 min

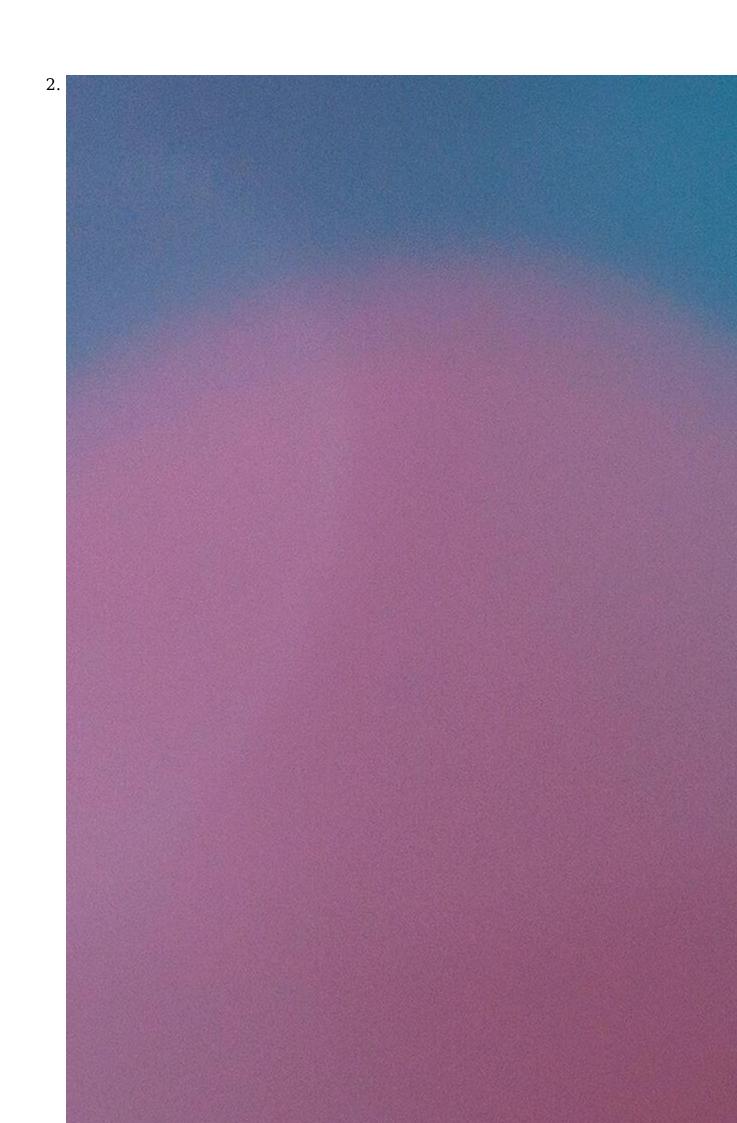
Das Sagen hätten vielmehr die zentralen Personen aus dem ehemaligen Flügel, der formal 2020 aufgelöst wurden. Vor allem Björn Höcke konnte immer mehr Einfluss gewinnen und bestimmt nach Einschätzung des Verfassungsschutzes maßgeblich die Ausrichtung der Partei. Die AfD hat umgehend gegen die Einstufung als gesichert rechtsextremistisch geklagt. Der Bundesverfassungsschutz gab daraufhin eine sogenannte Stillhaltezusage ab, mit der er sich verpflichtet, die Einstufung bis zu einer Entscheidung im Eilverfahren auszusetzen. Ob das Gutachten ausreichend belegt, dass die AfD gesichert rechtsextremistisch ist, werden am Ende die Gerichte entscheiden. Thema

AfD

Mehr zu AfD und Verfassungsschutz

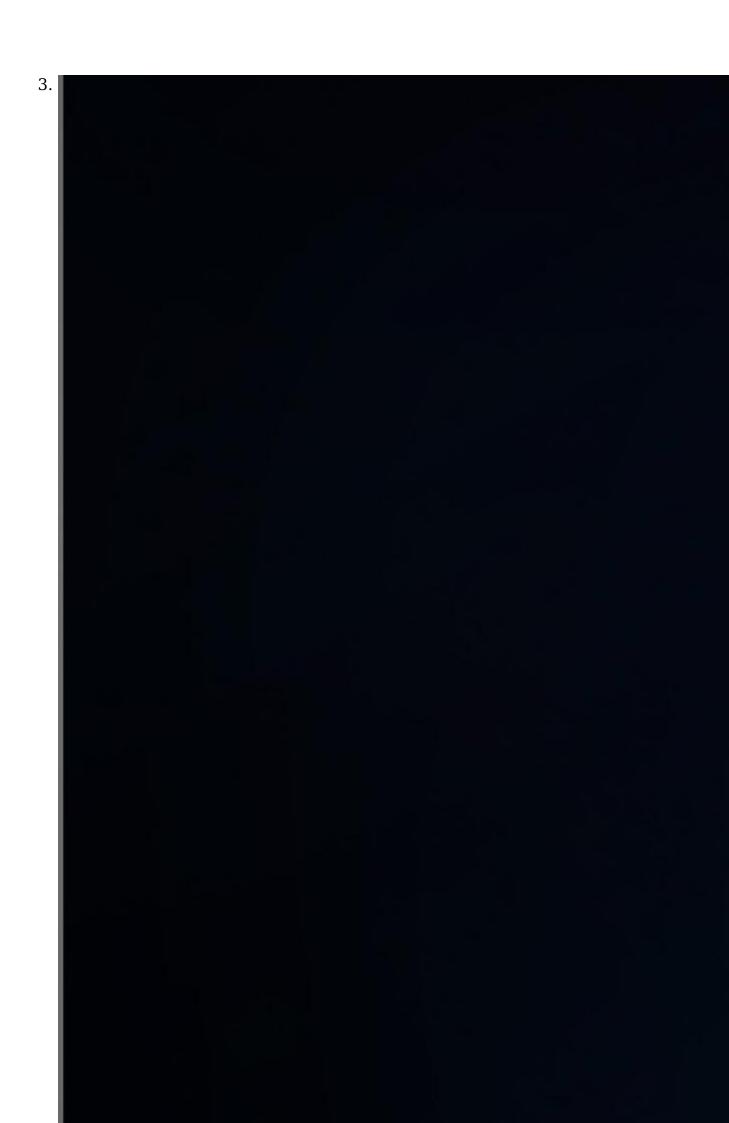


Appell an Bundest AfD-Verbot	tag: <u>Bundesweite</u>	Demonstrationen	<u>für</u>



mit Video

Debatte über Verbotsverfahren: <u>Haßelmann: CDU muss</u>	
sich zu AfD positionieren	



Zwist um Einstufungsvermerk : AfD: Auch in
Brandenburg gesichert rechtsextrem

4.

Analyse

"Gesichert rechtsextremistisch": <u>Die AfD ist vorbereitet</u> - und trotzdem hochnervös

V	on Nicole Diekmann	

nach oben

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Aktuell bei ZDFheute

Aktuell bei ZDFheute

- 1. Zuletzt veröffentlicht
- 2. Aktuelle Sendungs-Videos
- 3. ZDFheute Stories
- 4. Themen im Überblick

ZDFheute Update

ZDFheute Update

ZDFheute Apps

ZDFheute Apps

- 1. Nutzungsbedingungen
- 2. <u>Datenschutz</u>
- 3. Datenschutzeinstellungen
- 4. Impressum

Wechseln zu:

- 1.
- 2.